



Antrag

der Abgeordneten **Ralf Stadler, Prof. Dr. Ingo Hahn, Andreas Winhart, Gerd Mannes** und **Fraktion (AfD)**

EU-Bürokratie begrenzen: Keine Verschärfung der Luftqualitätsrichtlinie

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich auf allen politischen Ebenen dafür einzusetzen, dass keine weitere Verschärfung der Luftqualitätsrichtlinie erfolgt.

Begründung:

Auf EU-Ebene wird trotz umfangreicher Luftqualitätsverbesserungen daran gearbeitet, die derzeit geltende Luftqualitätsrichtlinie an die strengeren Werte der Weltgesundheitsorganisation (WHO) anzugleichen. Laut Umweltbundesamt wurde im Jahr 2021 nach einer Auswertung von rund 600 Messstationen in Deutschland keine einzige Grenzwertüberschreitung für Feinstaub in Städten mehr festgestellt. Zwar sind auch Coroneinschränkungen maßgeblich mitverantwortlich für diese Ergebnisse, jedoch zeigt sich, dass sich auch die Luftqualität insgesamt verbessert hat. Die Feinstaubbelastung in Deutschland ist damit in urbanen Gegenden heute ebenso gering wie vor 10 Jahren in ländlichen Regionen.

Dennoch will man im Zuge des Green Deals weitere Beschränkungen und unnötige bürokratische Vorgaben auf den Weg bringen, um die bisherigen Feinstaubniedrigstwerte noch weiter zu reduzieren. Dies gilt es zu verhindern, um weiteren bürokratischen Aufwand zu vermeiden und Mobilitätseinschränkungen, die Folge strengerer Messungen wären, zu verhindern.